



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Jürgen Mistol, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit ausbauen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, als einen Baustein zur Bekämpfung der Wohnungsnot, die Kommunen dabei zu unterstützen, die Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit flächendeckend auszubauen und kostendeckend zu finanzieren. Ziel ist die Einrichtung einer Fachstelle in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt in Bayern. Es werden vorrangig freie Träger mit dem Aufbau von neuen Fachstellen beauftragt.

Zum weiteren Ausbau der Fachstellen und zur Entlastung der Gemeinden und Städte, legt der Freistaat im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2017/2018 ein eigenes Förderprogramm auf. Ziel ist eine Verstärkung der bisherigen staatlichen Förderung von Fachstellen im Rahmen von Modellprojekten. Der gegenwärtige Haushaltsansatz muss zur Finanzierung eines flächendeckenden Ausbaus der Fachstellen deutlich erhöht werden. Die Umsetzung des Landesförderprogramms erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den beiden Koordinationsstellen der Wohnungslosenhilfe in Bayern.

Begründung:

Die Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit leisten eine wichtige präventive Arbeit zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit. Sie beraten und betreuen Bürgerinnen und Bürger, denen der Verlust der Wohnung und der Eintritt von Obdachlosigkeit drohen. Durch die zunehmende Zuwanderung aus Südosteuropa und durch die steigende Zahl an anerkannten Flüchtlingen, die eine Wohnung suchen, verschärft sich die ohnehin schon schwierige Situation auf dem Wohnungsmarkt. Die Einrichtungen und Dienste der Wohnungslosenhilfe spüren bereits jetzt die steigende Nachfrage nach niedrigschwelligen Hilfen und Angeboten für Unterbringungsmöglichkeiten. Notwendig ist deshalb eine nachhaltige und präventive Bekämpfung von Wohnungsnot und drohender Wohnungslosigkeit.

Laut einer aktuellen Studie des Instituts für Praxisforschung und Evaluation der evangelischen Hochschule Nürnberg arbeiten die Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit sehr effektiv. In mehr als zwei Drittel der Fälle konnte die drohende Wohnungslosigkeit abgewendet werden. Nur in drei Prozent der Fälle war ein Umzug in eine Obdachlosen- und Notunterkunft notwendig. Nur in zwei Prozent der Fälle trat tatsächlich eine Obdachlosigkeit ein. In 40 Prozent der betroffenen Haushalte befinden sich Kinder. Die erfolgreiche Prävention von drohender Wohnungslosigkeit verhindert auch Folgekosten bei der Unterbringung und in anderen Leistungssystemen, wie der Kinder- und Jugendhilfe.

Bei der Auflage eines Förderprogramms durch den Freistaat, kann auf die guten Erfahrungen mit der Förderung von Fachstellen im Rahmen von Modellprojekten zurückgegriffen werden. Allerdings muss die bisherige Förderung verstetigt und deutlich ausgeweitet werden. Die Staatsregierung sollte gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden, den freien Trägern der Wohnungslosenhilfe und den Koordinationsstellen der Wohnungslosenhilfe in Bayern ein Konzept für den flächendeckenden Ausbau der Fachstellen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit entwickeln.